

Armutsgefährdung in Niedersachsen 2010

Die wichtigsten Ergebnisse

Die Armutsgefährdungsquote lag im Jahr 2010 in Niedersachsen bei 14,5 %. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr einen leichten Rückgang um - 0,1 Prozentpunkte. Dieselbe Entwicklung war auch bundesweit feststellbar: Auch für Deutschland insgesamt wurde eine Quote von 14,5 % und ein Rückgang um - 0,1 Prozentpunkte gegenüber 2009 gemessen.

Die Quote der relativen Armutsgefährdung weist zwischen den Bundesländern große Unterschiede auf (vgl. Tab. 1 und Abb. 1). Im Jahr 2010 wurde die niedrigste Quote mit 12,5 % in Thüringen gemessen. Am höchsten war sie in den Stadtstaaten Hamburg (17,4 %) und Bremen (17,3 %). In 12 von 16 Bundesländern konnte im Vorjahresvergleich ein mehr oder weniger starker Rückgang der Armutsgefährdung registriert werden – am stärksten in Sachsen-Anhalt um - 1,7 Prozentpunkte. Nur in Bayern, Berlin, Bremen und Rheinland-Pfalz nahm die Armutsgefährdung zu.

Im längerfristigen Vergleich mit dem Jahr 2005 – ältere Daten stehen nicht zur Verfügung – ist für Niedersachsen eine Stagnation der Armutsgefährdungsquote feststellbar. Im Bundesgebiet insgesamt betrug die Quote 2005 14,7 % und war damit um + 0,2 Prozentpunkte höher als heute. In Niedersachsen ist die Entwicklung etwas günstiger verlaufen: Hier hat die Quote um - 0,6 Prozentpunkte abgenommen (2005: 15,1 %, 2010: 14,5 %). In nur vier Bundesländern (Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein) nahm die Armutsgefährdungsquote seit 2005 zu.

Die Reichtumsquote sank in Niedersachsen im Jahresvergleich um - 0,1 Prozentpunkte auf 7,3 % im Jahr 2010 (vgl. Tab. 2). Sie ist damit deutlich geringer als die bundesdurchschnittliche Reichtumsquote von 8,1 %. Die höchste Reichtumsquote wurde 2010 wie schon in den Vorjahren mit 10,1 % in Hamburg gemessen. In Thüringen und Sachsen-Anhalt war sie mit jeweils 5,2 % nur etwa halb so hoch.

Methodische Erläuterungen

Die amtliche Sozialberichterstattung misst das Ausmaß an Armutsgefährdung ausschließlich anhand der Einkommensarmut. Andere Aspekte von Armut (Vermögensarmut, Bildungsarmut, Kontaktarmut usw.) bleiben unberücksichtigt. Streng genommen wird nicht direkt die Armut, sondern das Ausmaß der Ungleichverteilung von Einkommen gemessen. Dabei wird davon ausgegangen, dass ein gewisser Einkommensmindstandard gegeben sein muss, damit eine gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht ist bzw. soziale Exklusion vermieden werden kann.

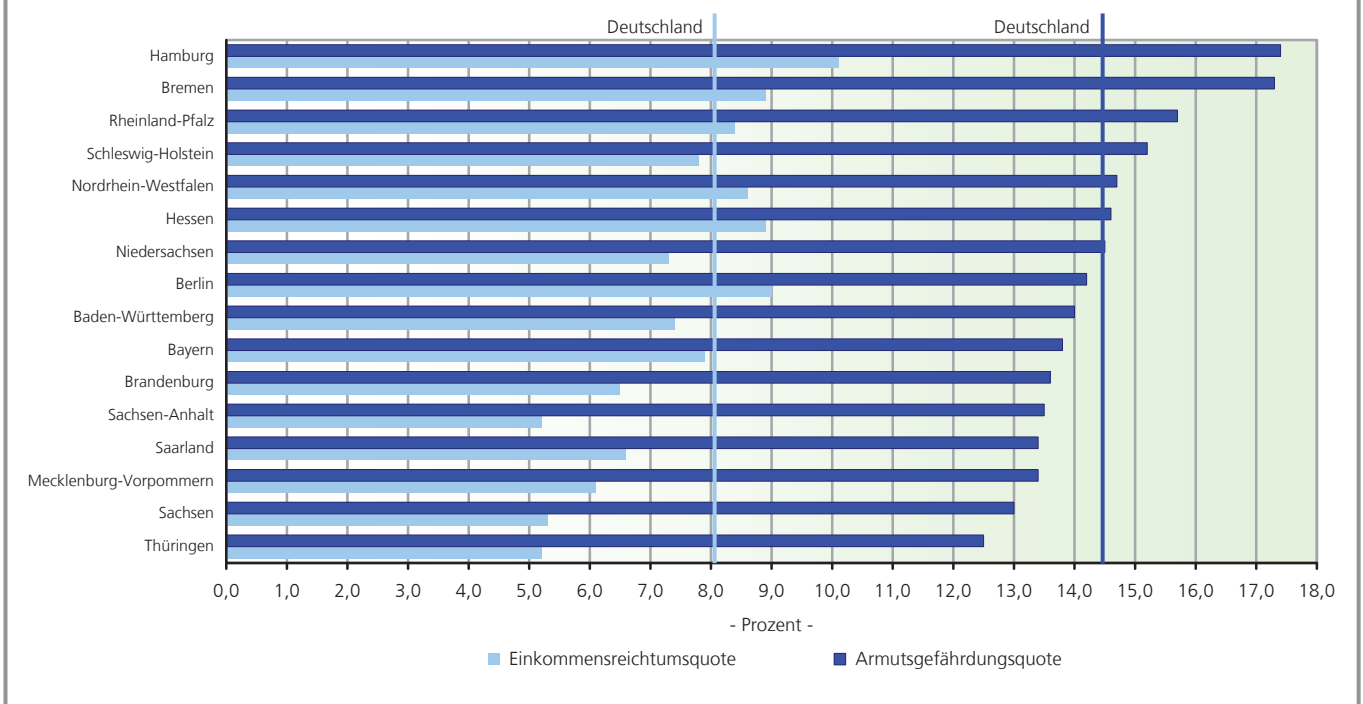
Als „armutsgefährdet“ gilt, wer über weniger als 60 % des durchschnittlichen Einkommens verfügt („bedarfsgewichtetes Nettoäquivalenzeinkommen“; Berechnung nach neuer OECD-Skala; Durchschnittsmaß: Median). Maßgeblich ist immer das Netto-Gesamteinkommen des gesamten Haushalts. In dieses Einkommen gehen alle Einkünfte aller Haushaltsmitglieder ein, also nicht nur Erwerbs- und Vermögenseinkünfte, sondern z. B. auch Arbeitslosengeld und andere Sozialleistungen. Analog gilt als „reich“, wer über mehr als das Doppelte des Durchschnittseinkommens verfügt.

1. Armutsgefährdungsquoten¹⁾ 2005 bis 2010 nach Bundesländern (Regionalkonzept)

Land	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	%					
Baden-Württemberg	13,8	13,2	13,0	13,3	14,1	14,0
Bayern	14,0	13,5	13,6	13,6	13,7	13,8
Berlin	16,1	13,3	13,9	14,3	14,1	14,2
Brandenburg	14,3	14,3	13,7	13,8	13,8	13,6
Bremen	17,3	14,1	15,2	18,2	15,9	17,3
Hamburg	17,4	16,7	16,8	16,1	18,0	17,4
Hessen	15,3	14,5	14,9	15,0	14,8	14,6
Mecklenburg-Vorpommern	14,6	13,1	13,6	14,4	14,7	13,4
Niedersachsen	15,1	14,3	14,7	14,7	14,6	14,5
Nordrhein-Westfalen	14,6	14,0	14,5	14,6	14,9	14,7
Rheinland-Pfalz	15,3	14,5	14,7	15,4	15,2	15,7
Saarland	13,6	13,9	14,0	14,3	14,0	13,4
Sachsen	13,7	13,3	13,6	13,4	13,6	13,0
Sachsen-Anhalt	14,9	14,1	13,9	15,0	15,2	13,5
Schleswig-Holstein	14,5	14,1	13,9	14,9	15,8	15,2
Thüringen	13,2	12,7	12,9	13,3	13,0	12,5
Deutschland	14,7	14,0	14,3	14,4	14,6	14,5

Berechnung: IT.NRW. - 1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

1. Armutsgefährdungs- und Reichtumsquoten nach Bundesländern 2010 (Regionalkonzept)



Maßgeblich als Referenzmaßstab ist in den hier dargestellten Tabellen immer das Durchschnittseinkommen der jeweiligen Region (= „Regionalkonzept“): Die 60 %-Schwelle der Armutsgefährdung in Niedersachsen bezieht sich also auf die niedersächsischen Durchschnittseinkommen. Analog bezieht sich z. B. die Armutsschwelle in Hannover auf den hannoverschen Durchschnitt, die hessische Armutsschwelle auf den hessischen Durchschnitt, die gesamtdeutsche auf den Deutschland-Durchschnitt etc. Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Amtliche Sozialberichter-

stattung“ berechnet auch Armutsgefährdungsindikatoren auf Basis des gesamtdeutschen Durchschnittseinkommens (vgl. www.amtliche-sozialberichterstattung.de). Diese können aber regional unterschiedliche Preisniveaus nicht berücksichtigen – der Euro hat in München oder Hamburg eine geringere Kaufkraft als in Ostfriesland – und tendieren daher dazu, das Ausmaß der Armut in Regionen mit relativ geringen Durchschnittseinkünften zu über- und dafür die Armut in „reichen“ Regionen zu unterschätzen.

2. Einkommensreichumsquoten¹⁾ 2005 bis 2010 nach Bundesländern (Regionalkonzept)

Land	Jahr					
	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Baden-Württemberg	7,3	7,4	7,3	7,3	7,5	7,4
Bayern	7,9	7,8	8,1	7,9	7,9	7,9
Berlin	9,2	9,5	9,1	9,2	9,3	9,0
Brandenburg	6,4	5,9	5,6	5,6	5,8	6,5
Bremen	9,5	8,7	7,1	7,5	8,3	8,9
Hamburg	9,1	9,2	9,7	9,8	10,2	10,1
Hessen	8,5	8,8	8,7	8,7	8,9	8,9
Mecklenburg-Vorpommern	5,3	5,5	5,3	5,3	5,5	6,1
Niedersachsen	7,4	7,4	7,0	7,1	7,4	7,3
Nordrhein-Westfalen	8,0	8,1	8,1	8,1	8,2	8,6
Rheinland-Pfalz	7,3	7,6	7,6	7,9	7,9	8,4
Saarland	6,8	7,4	7,1	6,5	7,4	6,6
Sachsen	4,3	4,7	4,4	4,4	4,9	5,3
Sachsen-Anhalt	4,9	4,8	4,6	4,5	5,3	5,2
Schleswig-Holstein	7,2	6,6	6,8	7,5	7,3	7,8
Thüringen	4,4	3,9	4,1	4,6	4,9	5,2
Deutschland	7,7	7,8	7,7	7,7	7,8	8,1

Berechnung: IT.NRW. - 1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von mehr als 200 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

Die Berechnungen werden auf Basis der Ergebnisse des Mikrozensus, der großen 1 %-Stichprobe, von it.nrw, dem Statistischen Landesamt Nordrhein-Westfalens, für alle Länder und Regionen Deutschlands durchgeführt. Die Methoden dafür wurden von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder in der Bund-Länder-Arbeitsgruppe „Amtliche Sozialberichterstattung“ (BLAG) erarbeitet und vereinbart. Zeitlich und regional völlig vergleichbare Daten stehen damit seit dem Berichtsjahr 2005 zur Verfügung. Die BLAG berechnet nicht nur die Armutsgefährdungsquoten, sondern erstellt auch Berichte über die Soziale Mindestsicherung, also über die Anzahl und Struktur der Bezieher staatlicher Mindestsicherungsleistungen (Hartz IV, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Sozialhilfe, Kriegsopferfürsorge, Leistungen an Asylbewerber). Unter www.amtliche-sozialberichterstattung.de werden die entsprechenden Informationen, verbunden mit ausführlichen methodischen und begrifflichen Erläuterungen, zur Verfügung gestellt.

Armutsgefährdung nach Lebenslagen und soziodemografischen Merkmalen

In welchen Lebenslagen und für welche sozialen Gruppen bestehen besonders große Armutsrisiken? Die niedersächsischen Ergebnisse für 2010 (vgl. Tab. 3) bestätigen ein weiteres Mal bereits bekannte Strukturen:

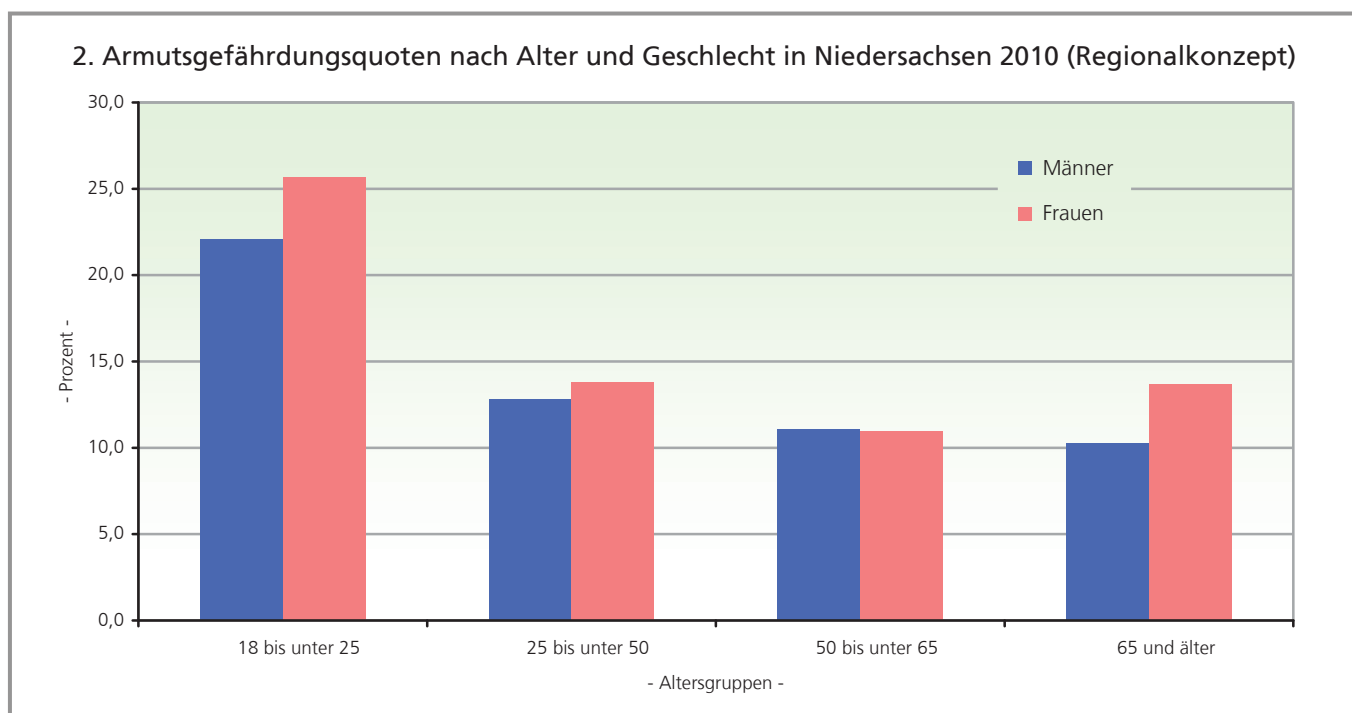
Alter: Die höchsten Armutsquoten gibt es bei den unter 18-Jährigen (19,4 %) sowie bei den 18- bis unter 25-Jährigen (23,8 %). Kinder und Jugendliche haben ein deutlich überhöhtes Armutsrisiko – nahezu jedes fünfte

Kind ist betroffen. Die hohe Quote der jungen Erwachsenen geht einerseits auf die meist geringen Einkünfte der Studentinnen und Studenten zurück. Andererseits wird hier auch die oft problematische Situation der Alleinerziehenden deutlich – dies sieht man daran, dass die Armutsgefährdungsquote der jungen Frauen deutlich über der der gleichaltrigen Männer liegt.

Die Altersarmut hat nach wie vor nicht zugenommen, im Gegenteil: Sie lag 2010 bei 12,2 % (bei Frauen höher als bei Männern) und damit relativ niedrig sowie um 0,2 Punkte unter dem Wert von 2009. Aktuell stehen für die ältere Generation andere Probleme (Vereinsamung, Pflegebedürftigkeit) stärker im Vordergrund als die Einkommensarmut. Gleichwohl muss hier die künftige Entwicklung sehr aufmerksam verfolgt werden.

Geschlecht: Die Quoten der Männer (14,0 %) und der Frauen (15,0 %) unterscheiden sich nicht sehr. Die leicht höhere Armutsgefährdung der Frauen entsteht durch spezifische Lebenslagen in zwei Altersklassen: 18- bis 25-Jährige (Alleinerziehende!) und über 65-Jährige (vgl. Abb. 2). Bei den Senioreneinkünften spielen die meist niedrigeren Renten der Frauen eine große Rolle.

Familiäre Strukturen: Kaum von Armut betroffen sind Zweipersonenhaushalte ohne Kinder (Quote: 8,0 %) sowie sonstige Mehrpersonenhaushalte ohne Kinder (8,7 %). Auch die Einkommenssituation der „Kleinfamilie“ ist meist recht gut: Sowohl die Haushalte von 2 Erwachsenen mit 1 Kind (9,0 %) als auch zwei Erwachsenen und 2 Kindern (9,7 %) weisen recht niedrige Armutsgefährdungsquoten auf. Ganz anders sieht es bei Alleinerziehenden (39,9 %)



3. Armutsrisikoquoten¹⁾ für Niedersachsen nach soziodemografischen Merkmalen (Regionalkonzept)

Merkmal	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Veränderung 2010/2005
	%						%-Punkte
Insgesamt	15,1	14,3	14,7	14,7	14,6	14,5	-0,6
Alter							
Unter 18	20,2	20,1	20,1	20,1	19,9	19,4	-0,8
18 bis unter 25	25,9	22,6	23,3	23,5	22,6	23,8	-2,1
25 bis unter 50	14,1	13,4	13,7	13,8	13,5	13,3	-0,8
50 bis unter 65	10,7	10,0	10,5	10,6	11,0	11,1	+0,4
65 und älter	12,2	11,3	12,1	12,0	12,4	12,2	+0,0
Geschlecht							
Männlich	14,6	13,9	14,1	14,1	14,0	14,0	-0,6
Weiblich	15,7	14,7	15,3	15,3	15,2	15,0	-0,7
Alter und Geschlecht							
Männlich							
18 bis unter 25	24,0	21,3	22,0	21,9	21,3	22,1	-1,9
25 bis unter 50	13,8	13,0	13,2	13,0	12,9	12,8	-1,0
50 bis unter 65	10,6	9,9	10,4	10,7	10,8	11,1	+0,5
65 und älter	10,1	9,7	9,8	9,6	10,0	10,3	+0,2
Weiblich							
18 bis unter 25	27,8	23,9	24,6	25,2	24,1	25,7	-2,1
25 bis unter 50	14,4	13,7	14,2	14,5	14,1	13,8	-0,6
50 bis unter 65	10,8	10,1	10,5	10,5	11,2	11,0	+0,2
65 und älter	13,8	12,6	13,9	13,9	14,3	13,7	-0,1
Haushaltstyp²⁾							
Einpersonenhaushalt	22,9	21,0	23,5	23,5	23,3	22,7	-0,2
Zwei Erwachsene ohne Kind	8,7	7,6	7,8	7,4	7,8	8,0	-0,7
Sonstiger Haushalt ohne Kind	9,7	8,5	7,9	8,1	7,7	8,7	-1,0
Ein(e) Erwachsene(r) mit Kind(ern)	37,5	38,5	40,6	42,3	41,5	39,9	+2,4
Zwei Erwachsene und ein Kind	9,9	10,2	9,7	10,3	10,3	9,0	-0,9
Zwei Erwachsene und zwei Kinder	11,8	11,4	11,2	9,7	9,8	9,7	-2,1
Zwei Erwachsene und drei oder mehr Kinder	29,1	29,4	29,2	28,4	24,7	26,7	-2,4
Sonstiger Haushalt mit Kind(ern)	20,3	17,2	17,6	18,9	20,6	19,3	-1,0
Erwerbsstatus³⁾							
Erwerbstätige	7,0	6,6	6,9	7,2	7,2	7,4	+0,4
Selbständige (einschließlich mithelfende Familienangehörige)	9,0	7,8	7,4	8,5	8,0	8,4	-0,6
Abhängig Erwerbstätige	6,7	6,5	6,9	7,0	7,1	7,3	+0,6
Erwerbslose	49,3	47,0	55,8	56,2	52,9	52,3	+3,0
Nichterwerbspersonen	18,5	17,8	18,4	18,6	18,8	18,7	+0,2
Rentner/-innen und Pensionäre/Pensionärinnen ⁴⁾	11,2	10,5	11,4	11,5	12,0	12,2	+1,0
Personen im Alter von unter 18 Jahren	20,3	20,3	20,2	20,2	20,0	19,5	-0,8
Sonstige Nichterwerbspersonen	29,3	28,2	30,0	31,1	31,9	32,1	+2,8
Qualifikationsniveau⁵⁾ der Person mit dem höchsten Einkommen im Haushalt (Haupteinkommensbezieher)							
Niedrig (ISCED 0 bis 2)	34,4	32,4	34,9	35,9	36,0	35,7	+1,3
Mittel (ISCED 3 und 4)	12,7	12,3	12,9	12,9	12,8	12,8	+0,1
Hoch (ISCED 5 und 6)	4,7	4,8	4,2	4,4	4,3	4,7	+0,0
Qualifikationsniveau⁵⁾ (Personen im Alter von 25 Jahren und älter)							
Niedrig (ISCED 0 bis 2)	24,9	23,2	24,6	25,4	26,0	26,2	+1,3
Mittel (ISCED 3 und 4)	9,8	9,5	10,1	10,1	10,2	10,1	+0,3
Hoch (ISCED 5 und 6)	5,2	5,1	5,0	5,2	5,1	5,0	-0,2
Staatsangehörigkeit							
Ohne deutsche Staatsangehörigkeit	43,0	41,9	40,3	40,0	37,9	36,7	-6,3
Mit deutscher Staatsangehörigkeit	13,1	12,3	12,8	12,9	13,0	12,9	-0,2
Migrationshintergrund⁶⁾							
Mit Migrationshintergrund	33,2	32,1	32,2	31,3	29,7	29,1	-4,1
Ohne Migrationshintergrund	11,7	10,9	11,3	11,4	11,5	11,5	-0,2

Berechnung: IT.NRW

1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

2) Zu den Kindern zählen Personen im Alter von unter 18 Jahren ohne Lebenspartner/-in und eigene Kinder im Haushalt.

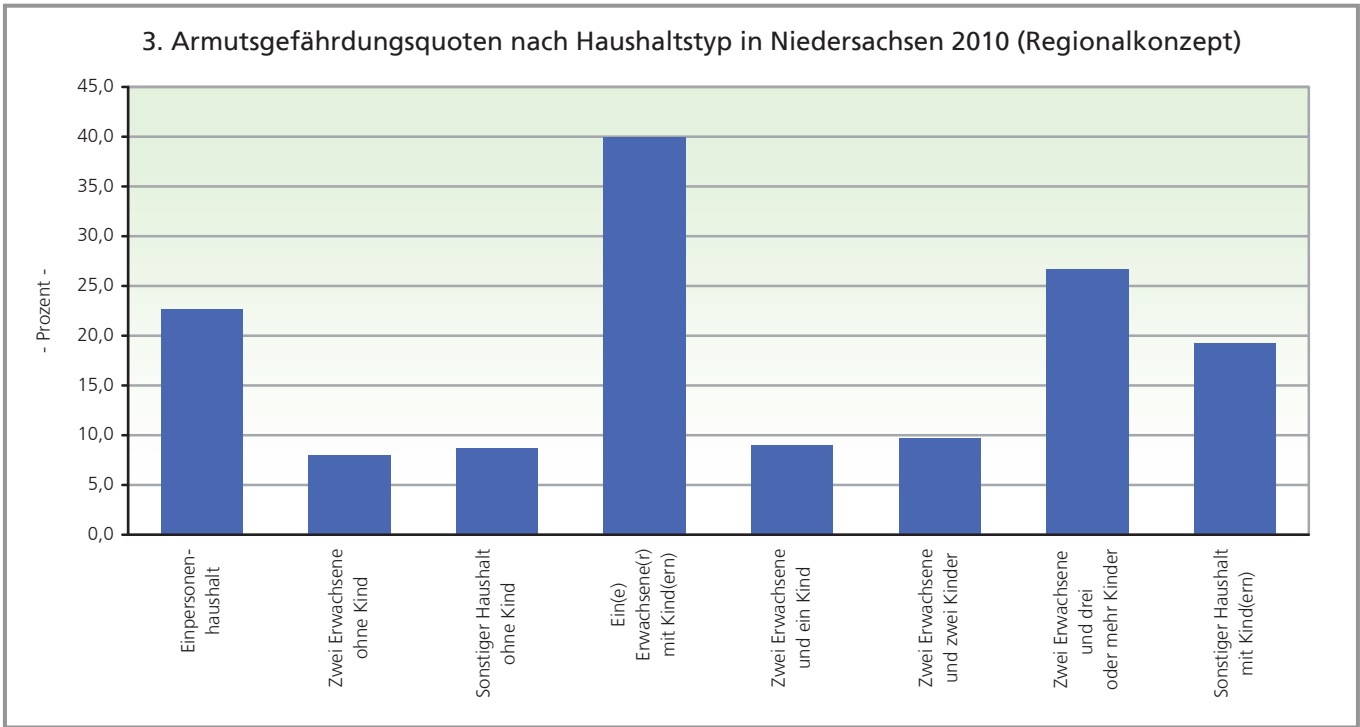
3) Nach dem "Labour-Force-Konzept" der International Labour Organization (ILO).

4) Personen mit Bezug einer eigenen (Versicherten-) Rente, Pension und Personen im Alter von 65 Jahren und älter mit Bezug einer Hinterbliebenenrente, -pension.

5) Das Qualifikationsniveau wird entsprechend der nationalen Klassifikation des Bildungswesens (ISCED) bestimmt. Geringqualifizierte: maximal ISCED Stufe 2, Qualifizierte: ISCED Stufen 3 oder 4, Hochqualifizierte: ISCED Stufe 5 oder höher.

6) Als Person mit Migrationshintergrund gilt, wer eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt, oder im Ausland geboren wurde und nach 1949 zugewandert ist, oder in Deutschland geboren ist und eingebürgert wurde, oder ein Elternteil hat, das zugewandert ist, eingebürgert wurde oder eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzt.

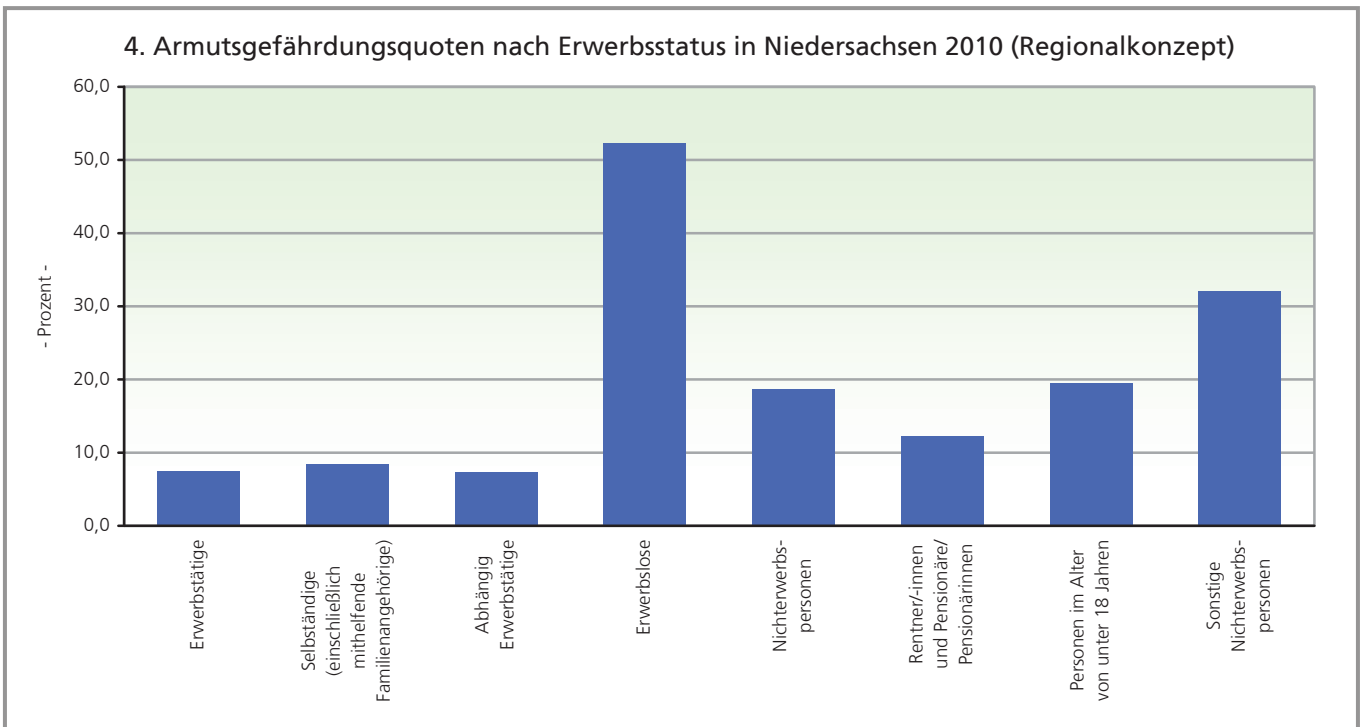
3. Armutsgefährdungsquoten nach Haushaltstyp in Niedersachsen 2010 (Regionalkonzept)



und bei kinderreichen Familien mit drei und mehr Kindern aus: 26,7 % (vgl. Abb. 3). Die Armutsgefährdung der Alleinerziehenden hat im Vorjahresvergleich zwar deutlich abgenommen, ist im Vergleich zum Jahr 2005 aber gegen den allgemeinen Trend gewachsen (+ 2,4 Prozentpunkte). Die Situation der kinderreichen Familien hat sich im selben Zeitraum hingegen deutlich verbessert (- 2,4 Prozentpunkte).

Erwerbsstatus: 52,3 % der Erwerbslosen sind armutsgefährdet – wohl gemerkt *nach* Empfang von Sozialtransfers. Die Quote fällt etwas niedriger aus als im Vorjahr, bedeutet gegenüber dem Jahr 2005 aber immer noch einen Anstieg um + 3,0 Prozentpunkte. Erwerbstätige sind vergleichsweise selten armutsgefährdet (7,4 %), wenngleich diese Quote – vor allem bei den Selbstständigen – im Vorjahresvergleich leicht gestiegen ist (vgl. Abb. 4).

4. Armutsgefährdungsquoten nach Erwerbsstatus in Niedersachsen 2010 (Regionalkonzept)



Qualifikation: 35,7 % der Menschen in solchen Haushalten, in denen ein gering qualifizierter Mensch der Haupteinkommensbezieher ist, sind armutsgefährdet. Umgekehrt fallen nur 4,7 % der Haushalte von Hochqualifizierten unter die Armutsgefährdungsschwelle. Es gilt also: Je höher das Qualifikationsniveau, desto niedriger die Armutsgefährdungsquote. Schon ein mittleres Qualifikationsniveau des Haupteinkommensbezieher führt mit 12,8 % zu einem klar unterdurchschnittlichen Armutsrisiko.

Nationalität, Migrationsstatus: 36,7 % der Ausländer, aber nur 12,9 % der Deutschen gelten als armutsgefährdet. Bei den Menschen mit Migrationshintergrund liegt die Quote bei 29,1 % versus 11,5 %. Allerdings sind die Quoten im Vergleich zu 2005 mit - 6,3 Prozentpunkten bei den Ausländern und - 4,1 Prozentpunkten bei den Menschen mit Migrationshintergrund deutlich zurückgegangen.

Es ist leicht einsichtig, wie hochproblematisch die Lage solcher Bevölkerungsgruppen ist, in denen die genannten Risikofaktoren (Erwerbslosigkeit, geringe Qualifikation, nicht-deutsche Herkunft, schwierige Familienstruktur) kumulieren.

Die Entwicklung in Deutschland und den Bundesländern

Die Armutsgefährdungsschwellen differieren regional je nach jeweiligen Durchschnittseinkommen stark. In Niedersachsen galt man 2010 als armutsgefährdet, wenn das monatliche Nettoeinkommen weniger als 812 Euro betrug (vgl. Tab. 4). Bundesweit lag die Armutsschwelle bei 826 Euro. Die Schwellenwerte der Armutsgefährdung befanden sich zwischen einem Minimum von 696 Euro

in Mecklenburg-Vorpommern und einem Maximum von 903 Euro in Hamburg. Generell liegen die Einkommen und damit auch die 60 %-Schwellen der Armutsgefährdung in den ostdeutschen Ländern niedriger als im Westen. In allen Ländern waren die Armutsgefährdungsschwellen 2010 deutlich höher als im Vorjahr. Bundesweit gab es im Vorjahresvergleich eine Zunahme um + 3,1 %, in Niedersachsen waren es + 2,8 %.

Die Armutsgefährdungsquote lag 2010 im mittelfristigen Vergleich zum Jahr 2005 – in diesem Jahr trat die Hartz IV-Reform in Kraft – deutschlandweit um - 0,2 Prozentpunkte unter dem seinerzeitigen Wert. Nur in drei Bundesländern – Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein – stieg das Ausmaß der Armutsgefährdung. In den Stadtstaaten Hamburg und Bremen blieb sie mittelfristig unverändert, und in 11 Ländern, unter ihnen auch Niedersachsen, ging sie mehr oder weniger deutlich zurück. Die stärksten Rückgänge gab es in Ostdeutschland, und zwar vor allem in Berlin (- 1,9 Punkte) und Sachsen-Anhalt (- 1,4 Punkte).

Die Reichtumsquote ist 2010 bundesweit mit 8,1 % um + 0,4 Prozentpunkte höher ausgefallen als 2005. Von 2005 bis 2009 war die Quote mit Werten von 7,7 bzw. 7,8 % recht stabil; erst im Jahr 2010 stieg sie um + 0,3 Prozentpunkte relativ kräftig an. Im Vergleich zum Jahr 2005 – dem Ausgangspunkt der Zeitreihen – stieg der Reichenanteil bis 2010 in 8 Ländern deutlich, und zwar in Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen. Nur im Land Bremen gab es einen deutlichen Rückgang um - 0,6 Prozentpunkte. In den anderen sieben Ländern blieb die Quote mit Änderungen von maximal - 0,2 bis + 0,3 Prozentpunkten relativ stabil. Unter diesen Ländern gibt es mit Berlin, Niedersachsen und

4. Armutsgefährdungsschwellen¹⁾ für Einpersonenhaushalte nach Bundesländern

Land	2005	2006	2007	2008	2009	2010
	Euro					
Baden-Württemberg	800	811	831	856	871	895
Bayern	787	796	817	846	859	892
Berlin	692	704	721	731	742	766
Brandenburg	661	677	701	734	749	777
Bremen	662	668	711	726	746	775
Hamburg	762	787	812	845	871	903
Hessen	781	786	815	828	845	872
Mecklenburg-Vorpommern	615	626	633	654	677	696
Niedersachsen	730	731	752	768	790	812
Nordrhein-Westfalen	739	748	763	785	796	815
Rheinland-Pfalz	755	771	786	803	819	843
Saarland	701	707	720	762	765	809
Sachsen	653	668	677	698	706	726
Sachsen-Anhalt	630	640	655	677	694	725
Schleswig-Holstein	757	783	790	819	837	851
Thüringen	640	654	673	699	713	736
Deutschland	736	746	764	787	801	826

Berechnung: IT.NRW. - 1) 60 % des Medians der auf der Basis der neuen OECD-Skala berechneten monatlichen Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung.

5. Armutsgefährdungsquoten¹⁾ nach ausgewählten deutschen Großstädten

Städte der Bundesrepublik	Auf Basis des Medians der jeweiligen Großstadt					
	2005	2006	2007	2008	2009	2010
Berlin	16,1	13,3	13,9	14,3	14,1	14,2
Bremen	17,3	13,3	14,6	18,1	16,7	17,1
Dortmund	15,9	14,8	14,3	17,1	17,7	17,9
Dresden	18,4	16,8	18,3	17,1	16,3	16,6
Duisburg	13,6	13,7	16,4	13,8	14,4	13,9
Düsseldorf	16,9	17,8	16,8	16,2	16,5	18,6
Essen	17,6	14,0	14,4	17,7	17,4	17,5
Frankfurt am Main	17,9	17,7	16,7	17,8	18,1	17,6
Hamburg	17,4	16,7	16,8	16,1	18,0	17,4
Hannover	19,7	17,9	18,6	19,8	20,2	19,6
Köln	18,1	15,5	16,9	18,3	18,9	17,3
Leipzig	16,7	16,1	16,7	18,3	19,1	15,9
München	17,6	17,2	18,4	17,7	17,6	18,0
Nürnberg	17,7	16,6	17,4	16,8	16,4	17,9
Stuttgart	16,8	15,6	17,2	17,7	19,5	18,6

Berechnung: IT.NRW. - 1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

dem Saarland immerhin drei, in denen der Reichenanteil in diesem mittelfristigen Vergleich leicht abnahm.

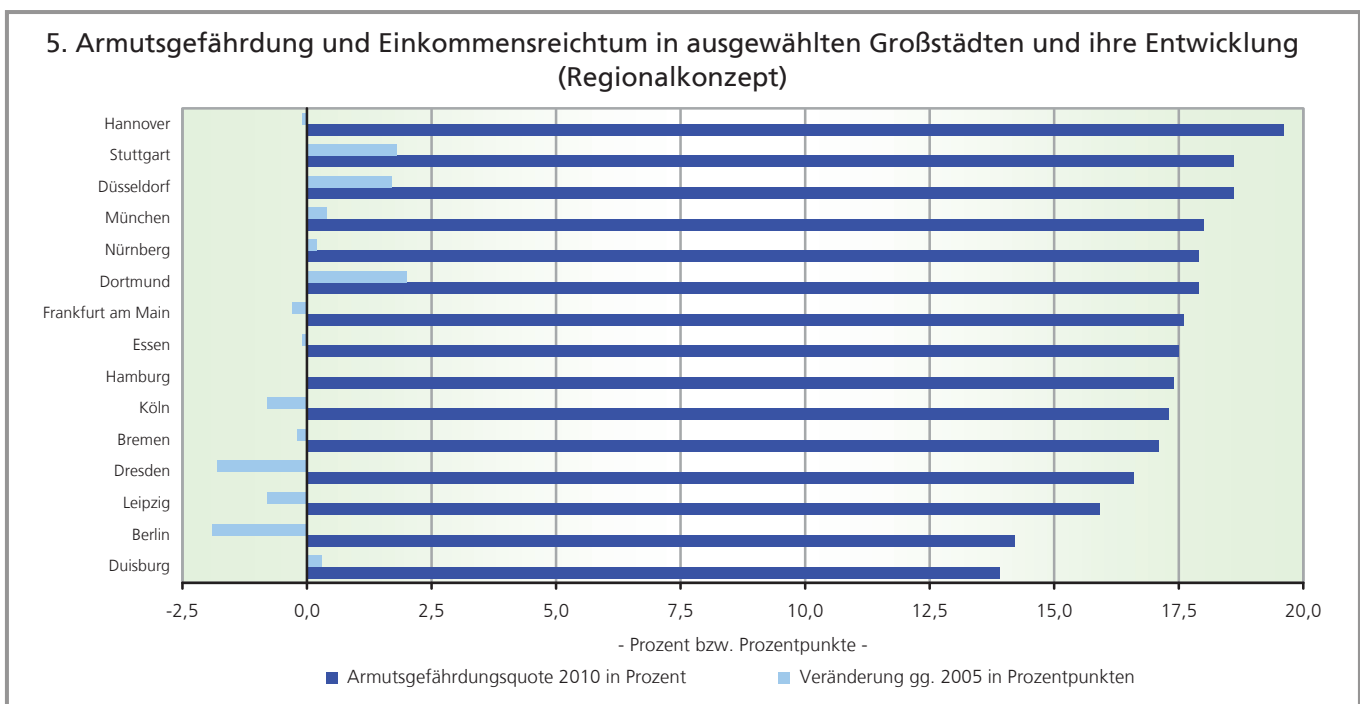
Einen Trend zur sozialen Polarisierung mit gleichzeitig wachsenden Armuts- und Reichtumsquoten kann man damit vor allem in Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und bedingt auch in Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen feststellen. In Hamburg, dem Land mit den höchsten Einkommen, blieb die Armutsquote unverändert auf hohem Niveau. Zugleich stieg der Reichenanteil an. Umgekehrt ist ein Trend zur Abschwächung der Einkommensdisparitäten in Berlin, Niedersachsen und dem Saarland erkennbar.

In Ostdeutschland vollzieht sich ein bemerkenswerter Prozess: Die Armutsgefährdungsquoten gingen mittelfristig

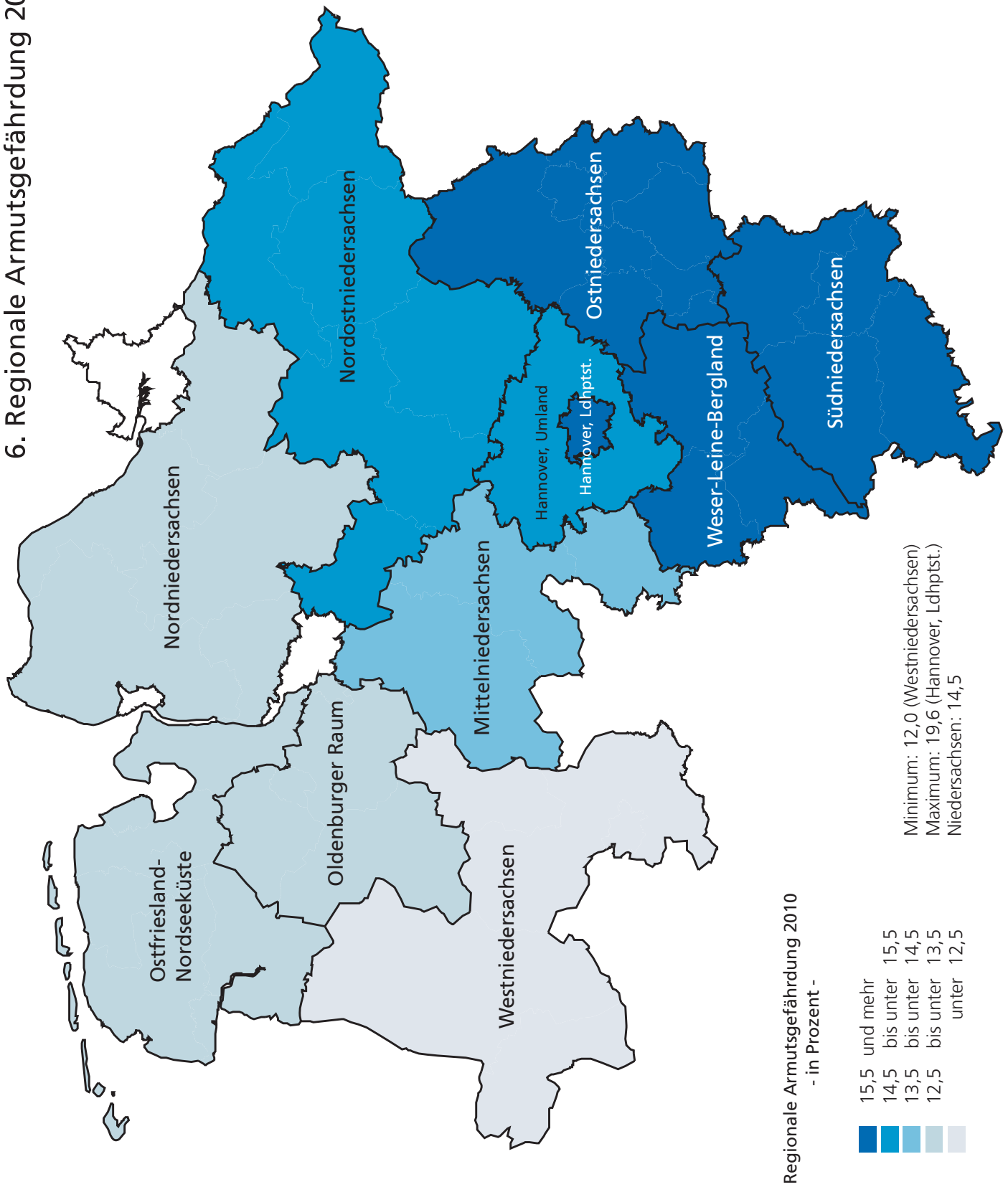
in allen sechs ostdeutschen Ländern zurück. Zugleich steigen in allen ostdeutschen Flächenländern die Reichtumsquoten. Dieser Prozess erfolgt bei gleichzeitig steigenden Durchschnittseinkommen; offenbar bildet sich auch in Ostdeutschland eine Schicht reicher bzw. zumindest relativ wohlhabender Menschen.

Regionale Ergebnisse I: Großstädtevergleich

Derzeit liegen für regionale Vergleiche zwei Datenbestände vor: Einerseits ein Vergleich der Armutsgefährdungsquoten für 15 deutsche Großstädte (vgl. Tab. 5 und Abb. 5), andererseits ein grober regionaler Vergleich für 11 „regionale Anpassungsschichten“ des Mikrozensus im Land Niedersachsen (vgl. Tab. 6 und Abb. 6).



6. Regionale Armutsgefährdung 2010



6. Armutsgefährdungsquoten¹⁾ nach Anpassungsschichten und Statistischen Regionen (Regionalkonzept)

Anpassungsschicht / Statistische Region		2008	2009	2010	Veränderung 2010/2008
		%			%-Punkte
Ostniedersachsen	KS Wolfsburg, LK Gifhorn, LK Helmstedt, LK Wolfenbüttel, KS Braunschweig, KS Salzgitter, LK Peine	13,8	15,0	15,8	+2,0
Südniedersachsen	LK Goslar, LK Osterode am Harz, LK Göttingen, LK Northeim	16,0	13,2	15,5	-0,5
Statistische Region Braunschweig		14,8	14,7	15,7	+0,9
Hannover, Landeshauptstadt	KS Hannover	19,8	20,2	19,6	-0,2
Hannover, Umland	Umland Hannover	15,5	15,7	14,5	-1,0
Weser-Leine-Bergland	LK Hameln-Pyrmont, LK Holzminden, LK Hildesheim	13,2	14,6	15,6	+2,4
Mittelniedersachsen	LK Diepholz, LK Nienburg (Weser), LK Schaumburg	14,7	15,9	14,4	-0,3
Statistische Region Hannover		16,2	16,8	16,4	+0,2
Nordniedersachsen	LK Cuxhaven, LK Stade, LK Harburg, LK Osterholz, LK Rotenburg (Wümme)	14,0	13,6	12,8	-1,2
Nordostniedersachsen	LK Lüneburg, LK Lüchow-Dannenberg, LK Uelzen, LK Celle, LK Heidekreis, LK Verden	15,5	13,9	14,6	-0,9
Statistische Region Lüneburg		14,2	13,6	13,6	-0,6
Ostfriesland-Nordseeküste	KS Emden, LK Leer, LK Aurich, KS Wilhelmshaven, LK Friesland, LK Wittmund, LK Wesermarsch	14,1	12,8	12,8	-1,3
Oldenburger Raum	LK Ammerland, LK Cloppenburg, KS Delmenhorst, KS Oldenburg, LK Oldenburg	12,7	12,8	12,7	+0,0
Westniedersachsen	KS Osnabrück, LK Osnabrück, LK Vechta, LK Emsland, LK Grafschaft Bentheim	13,7	13,1	12,0	-1,7
Statistische Region Weser-Ems		13,6	13,0	12,5	-1,1

Berechnung: IT.NRW. - 1) Anteil der Personen mit einem Äquivalenzeinkommen von weniger als 60 % des Medians der Äquivalenzeinkommen der Bevölkerung in Privathaushalten am Ort der Hauptwohnung je 100 Personen. Das Äquivalenzeinkommen wird auf Basis der neuen OECD-Skala berechnet.

In der Landeshauptstadt Hannover fiel die Armutsgefährdungsquote 2010 mit 19,6 % um - 0,4 Prozentpunkte niedriger aus als noch 2009. Gleichwohl bleibt die Aussage richtig, dass jeder fünfte Hannoveraner als armutsgefährdet gelten muss. Diese Quote war wie im Vorjahr die höchste der 15 Großstädte. Auch Düsseldorf und Stuttgart, die mit jeweils 18,6 % dem „Spitzenwert“ Hannovers am nächsten kommen, bleiben noch klar hinter diesem Wert zurück. Immerhin zählt Hannover zu den Großstädten, in denen die Armutsgefährdung mittelfristig seit 2005 leicht zurückgegangen ist. In Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, München, Nürnberg und Stuttgart wuchs dagegen die Armut.

Anscheinend gibt es in Hannover sozialräumlich verfestigte soziale Disparitäten, die zu dieser „Spitzenquote“ führen. Diese Disparitäten kamen z. B. in Untersuchungen zu Schullaufbahneempfehlungen zu Tage, die gravierende Unterschiede zwischen den reichen und armen Stadtteilen ergaben.

Regionale Ergebnisse II: Anpassungsschichten in Niedersachsen

Der Mikrozensus, die Datengrundlage aller hier vorgestellten Berechnungen, teilt das Land Niedersachsen in 11 so genannte „regionale Anpassungsschichten“. Diese regionalen Einheiten sind in der Regel groß genug, um statis-

tisch signifikante Ergebnisse auch für eine Stichprobenerhebung wie den Mikrozensus zu erzeugen. Sie bestehen jeweils aus mehreren Landkreisen bzw. kreisfreien Städten, die räumlich zusammenhängen. Die Region Hannover ist groß genug, dass sie in zwei Anpassungsschichten unterteilt werden kann, nämlich die Landeshauptstadt und ihr Umland.

Dabei treten klare regionale Grundstrukturen zu Tage: Überdurchschnittlich hohe Armutsgefährdungsquoten gibt es im verstädterten Raum (Stadt Hannover und Ostniedersachsen), im Weser-Leine-Bergland und in Südniedersachsen. Es bestätigt sich erneut die Erkenntnis, dass schärfere Disparitäten im südniedersächsischen Berg- und Hügelland mit seiner bekannten wirtschaftlich und demographisch eher negativen Entwicklung sowie im städtischen Raum (Hannover und der Raum um Braunschweig) auftreten. Diese großräumige soziale Problemlage scheint sich noch zu verfestigen, denn in Ostniedersachsen, in Südniedersachsen und im Weser-Leine-Bergland stiegen die Armutsgefährdungsquoten an, während sie in allen anderen Landesteilen sanken.

Demgegenüber weisen der Norden und vor allem der Westen des Landes sehr niedrige Armutsgefährdungsquoten auf. Das gilt vor allem für Westniedersachsen rund um Osnabrück, Nordniedersachsen nördlich der Linie Hamburg-Bremen, den Oldenburger Raum und für Ostfriesland-Nordseeküste.

Verdienste in Niedersachsen im 2. Quartal 2011 – Verdienstgefälle –

Die kurzfristige Entwicklung der Verdienste wird in Niedersachsen seit 2007 im Rahmen der neugestalteten Vierteljährlichen Verdiensterhebung ermittelt. Quartalsweise werden bei ca. 3 600 Betrieben die Zahl der Beschäftigten, die bezahlten Arbeitsstunden sowie die Summe der Bruttoverdienste (darunter Sonderzahlungen) erfasst. Untergliedert sind diese Angaben nach verschiedenen Leistungsgruppen (vom leitenden Arbeitnehmer bis zum ungelerten Arbeitnehmer), Geschlecht sowie Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigte. Zusätzlich wird der Bruttoverdienst der Geringfügig Beschäftigten erfasst.

Im 2. Quartal 2011 wurden im Produzierenden Gewerbe vergleichsweise höhere Bruttostundenverdienste als im

Dienstleistungsbereich erzielt: Während im Produzierenden Gewerbe der durchschnittliche Bruttostundenverdienst bei 20,30 Euro lag, verdienten die Arbeitnehmer im Dienstleistungsbereich mit 17,87 ca. zweieinhalb Euro weniger die Stunde. Anders verhielt sich die Arbeitszeit: Die Arbeitszeit im Produzierenden Gewerbe war mit 38,5 Stunden auf einem niedrigeren Niveau als im Dienstleistungsbereich (39,4 Stunden). Gleichgerichtet war die Entwicklung der Bruttoverdienste nach Leistungsgruppen (im Folgenden: LG): In allen LG wiesen die Bruttostundenverdienste positive Veränderungsrate auf und bewegten sich in der Spanne von + 0,3 % in der LG 4 (Dienstleistungsbranche) bis zu + 2,8 % in der LG 3 (Produzierendes Gewerbe).

Entwicklung der Bruttostundenverdienste ohne Sonderzahlungen vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer in Euro

	Bruttostundenverdienste ohne Sonderzahlungen					
	Produzierendes Gewerbe			Dienstleistungsbereich		
	1. Quartal 2011	2. Quartal 2011	Veränderung in %	1. Quartal 2011	2. Quartal 2011	Veränderung in %
Insgesamt	19,91	20,30	+ 2,0	17,81	17,87	+ 0,3
Männer	20,49	20,88	+ 1,9	18,67	18,73	+ 0,3
Frauen	16,83	17,12	+ 1,7	16,17	16,23	+ 0,4
Leistungsgruppe						
1	35,32	35,62	+ 0,8	30,82	31,12	+ 1,0
2	24,07	24,50	+ 1,8	21,12	21,30	+ 0,9
3	18,26	18,77	+ 2,8	15,13	15,20	+ 0,5
4	15,40	15,78	+ 2,5	11,79	11,82	+ 0,3
5	12,26	12,50	+ 2,0	9,73	9,81	+ 0,8

Definition der Leistungsgruppen:

- Leistungsgruppe 1: Arbeitnehmer/-innen in leitender Stellung mit Aufsichts- oder Dispositionsbefugnis
- Leistungsgruppe 2: Arbeitnehmer/-innen mit abgeschlossener Berufsausbildung und mehrjähriger Berufserfahrung, die schwierige und komplexe Tätigkeiten ausüben
- Leistungsgruppe 3: Arbeitnehmer/-innen mit abgeschlossener Berufsausbildung
- Leistungsgruppe 4: angelernte Arbeitnehmer/-innen
- Leistungsgruppe 5: ungelernete Arbeitnehmer/-innen

Entwicklung der durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste

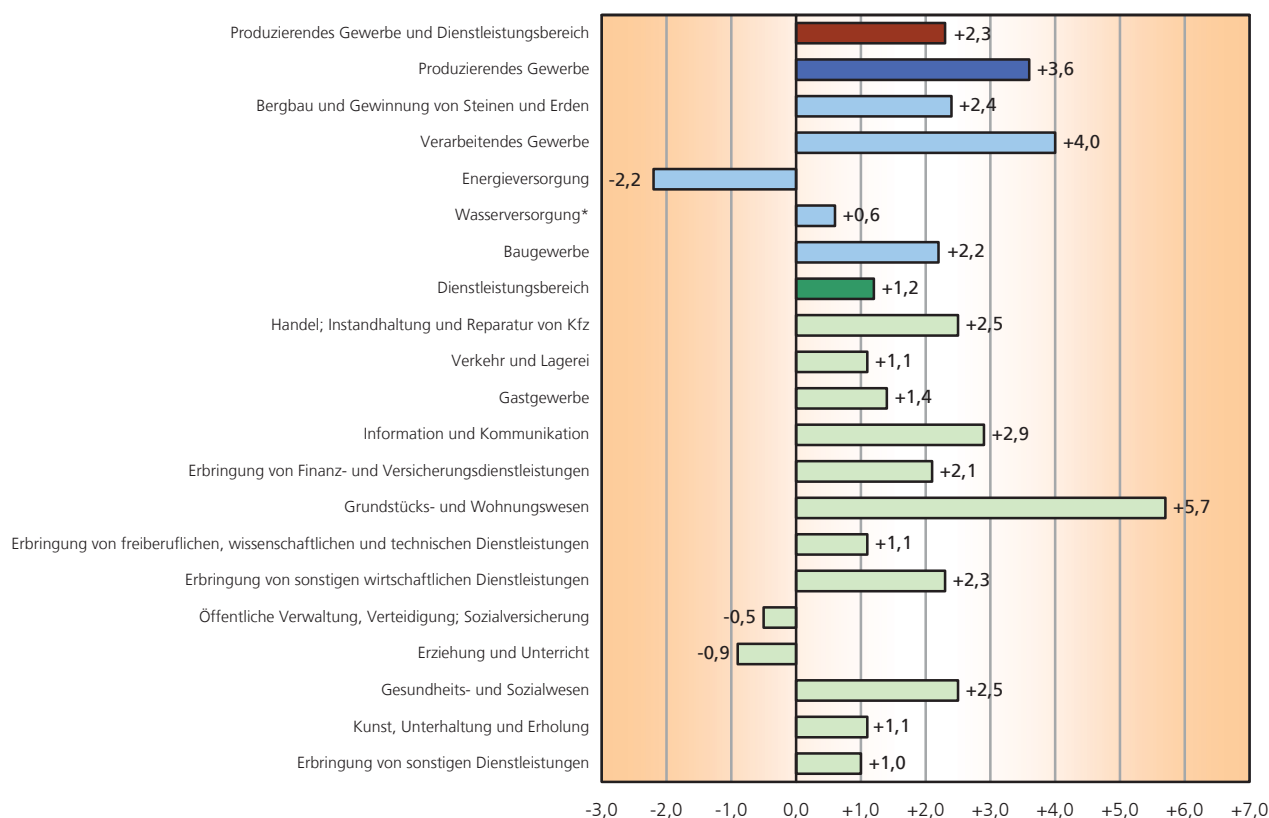
Gegenüber dem Vorjahresquartal sind die Bruttomonatsverdienste vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im 2. Quartal 2011 um durchschnittlich + 2,3 % gestiegen, die Verbraucherpreise stiegen im selben Zeitraum um durchschnittlich + 2,4 %. Die durchschnittliche Verdienstenwicklung fiel im 2. Quartal 2011 je nach Wirtschaftszweig unterschiedlich aus: Vergleichsweise mehr nah-

men die Verdienste mit + 4,0 % im Verarbeitenden Gewerbe und mit + 5,7 % im Grundstücks- und Wohnungswesen zu. In anderen Branchen, wie zum Beispiel im Baugewerbe bzw. in der Finanz- und Versicherungsbranche bekamen die Beschäftigten + 2,2 % bzw. + 2,1 % mehr brutto im Monat. Auch im Gastgewerbe hatten die vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer um + 1,4 % mehr als im Vorjahresquartal verdient. In der Energieversorgung war dagegen die Entwicklung rückläufig: Hier nahmen die Verdienste um - 2,2 % ab.

Wochenarbeitszeit, Bruttomonatsverdienste und Sonderzahlungen vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmer im 2. Quartal 2011

	Produzierendes Gewerbe			Dienstleistungsbereich		
	bezahlte Wochenarbeitszeit	Bruttomonatsverdienst	Sonderzahlungen	bezahlte Wochenarbeitszeit	Bruttomonatsverdienst	Sonderzahlungen
		in vollen €			in vollen €	
Insgesamt	38,5	3 398	622	39,4	3 060	243
Männer	38,6	3 504	653	39,7	3 233	289
Frauen	38,0	2 829	453	38,8	2 738	158
Leistungsgruppe						
1	39,1	6 048	2 316	39,8	5 376	657
2	38,7	4 119	871	39,3	3 632	305
3	38,4	3 135	410	39,2	2 588	157
4	38,2	2 621	336	40,2	2 063	104
5	39,1	2 122	158	39,1	1 668	79

Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst (ohne Sonderzahlungen) vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Wirtschaftsabschnitten - einschl. Beamte - Veränderung 2. Quartal 2011 gegenüber dem 2. Quartal 2010 in Prozent

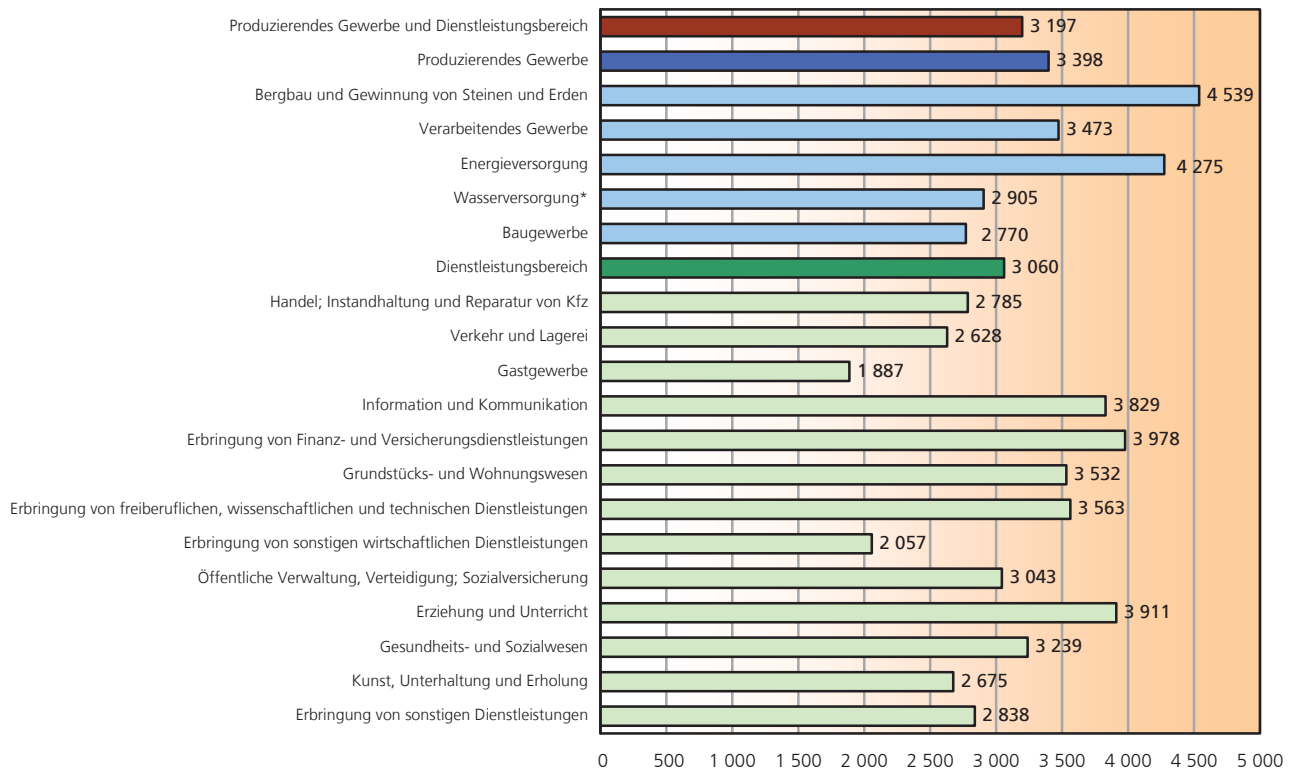


* einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzung

Ein/e vollzeitbeschäftigte/r Arbeitnehmer/in erhielt in Niedersachsen im 2. Quartal 2011 ohne Sonderzahlungen durchschnittlich 3 197 Euro brutto im Monat. Nach wie vor überdurchschnittlich hoch verdienten die Beschäftigten in der Energieversorgung (4 275 Euro) und bei Banken und Versicherungen (3 978 Euro). Das Schlusslicht

stellte mit 1 887 Euro unverändert das Gastgewerbe dar. Weitere Entwicklungen zu den im 2. Quartal gemeldeten durchschnittlichen Bruttomonatsverdiensten vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer differenziert nach Wirtschaftsabschnitten veranschaulicht die nachstehende Grafik.

Durchschnittlicher Bruttomonatsverdienst (ohne Sonderzahlungen) vollzeitbeschäftigter Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Wirtschaftsabschnitten im 2. Quartal 2011 - einschl. Beamte -



* einschließlich Abwasser- und Abfallentsorgung und Beseitigung von Umweltverschmutzung

Verbraucherpreise in Niedersachsen im September 2011

Der Verbraucherpreisindex misst die durchschnittliche Preisveränderung aller Waren und Dienstleistungen, die von privaten Haushalten für Konsumzwecke gekauft werden. Der so genannte Warenkorb umfasst rund 700 Güterarten. In Niedersachsen werden monatlich rund 27 000 Einzelpreise in 11 Regionen ermittelt. In den niedersächsischen Verbraucherpreis gehen ca. 43 500 Preise ein.

Im Monat September stieg der Verbraucherpreisindex weiter an: Binnen Jahresfrist erreichte die Jahresteuerungsrate im September ein Niveau von + 2,6 %.

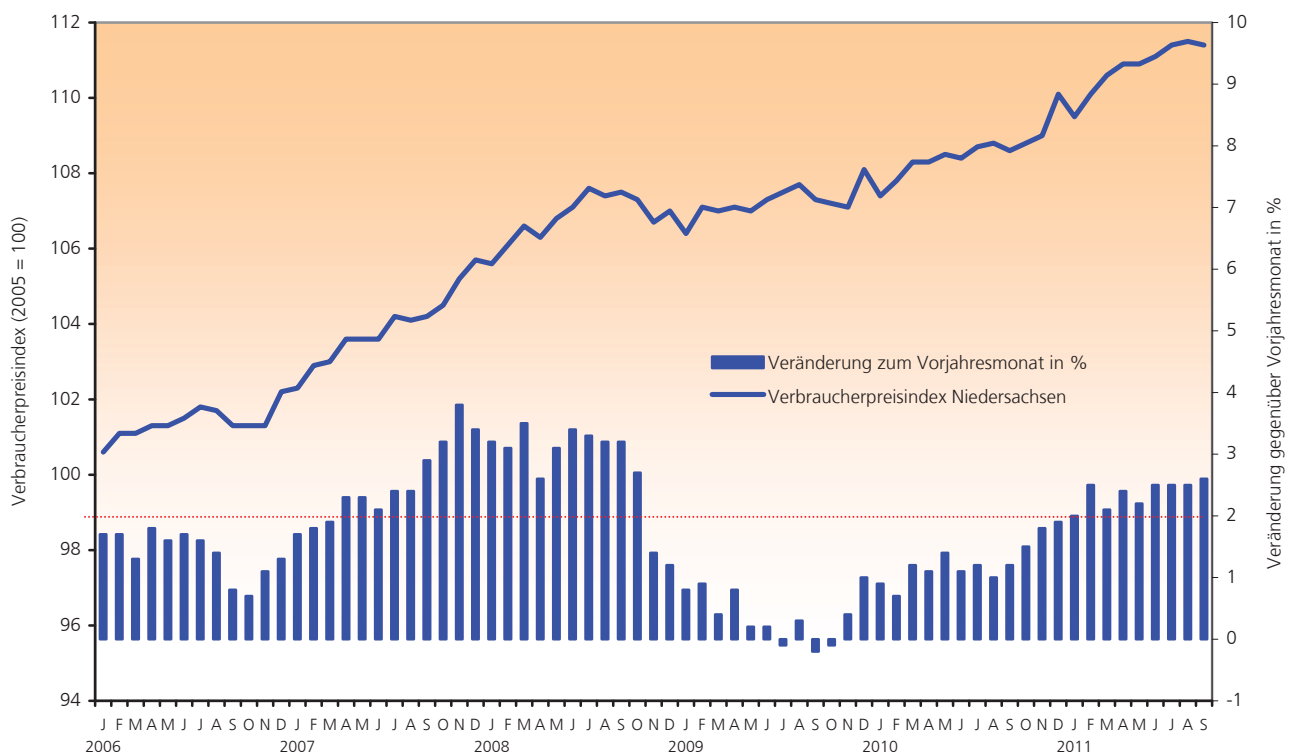
Als Preistreiber haben sich im Jahresvergleich vor allem die Preise von leichtem Heizöl (+ 22,7 %), der Personenbeförderung im Luftverkehr (+ 19,4 %), von Kraftstoffen (+ 10,0 %) und Kaffee, Tee, Kakao (+ 12,0 %) erwiesen.

Diesel verzeichnete unter den Kraftstoffen mit + 16,0 % im September den höchsten Preisanstieg (Superbenzin: + 11,3 %). Ohne Berücksichtigung von Heizöl und Kraftstoffen wäre die Inflation im Jahresvergleich lediglich um + 1,9 % gestiegen. Der Strompreis stieg gegenüber dem Vorjahresniveau um + 5,8 %, der Gaspreis nahm ebenfalls um + 5,8 % zu.

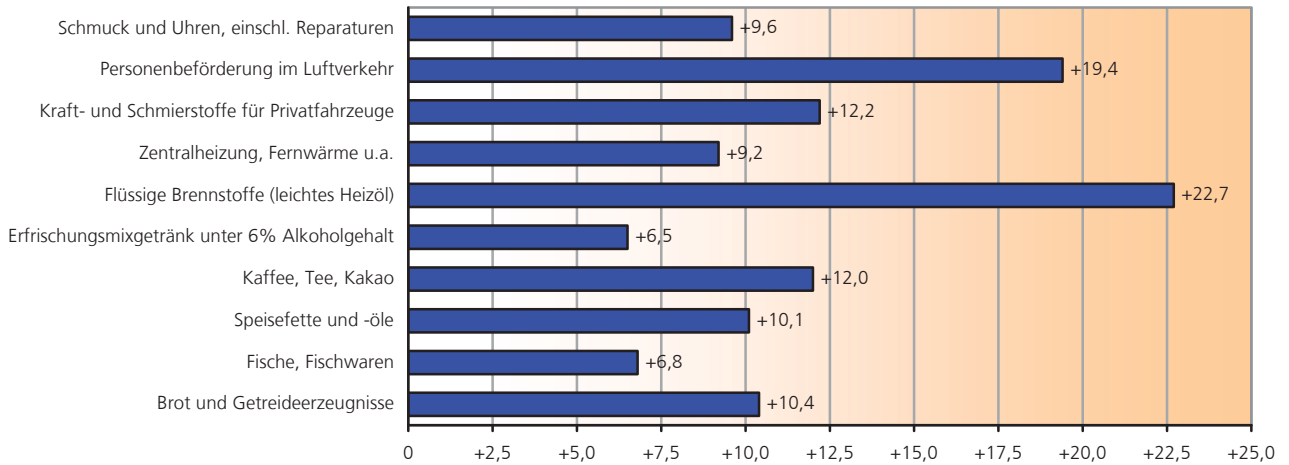
Bei den Nahrungsmitteln hatten vor allem neben Kaffee, Tee und Kakao auch Brot und Getreideerzeugnisse den Geldbeutel der Verbraucher stark gefordert. Diese waren im September um + 10,4 % teurer als im Jahr zuvor. Ebenfalls stark erhöht waren die Preise für Speisefette und Speiseöl; sie stiegen binnen Jahresfrist im September um + 10,1 %.

Tendenziell höher fielen die Preise im September bei den Wohnungsmieten aus: Gegenüber dem Vorjahresniveau wuchsen sie um + 1,2 % an.

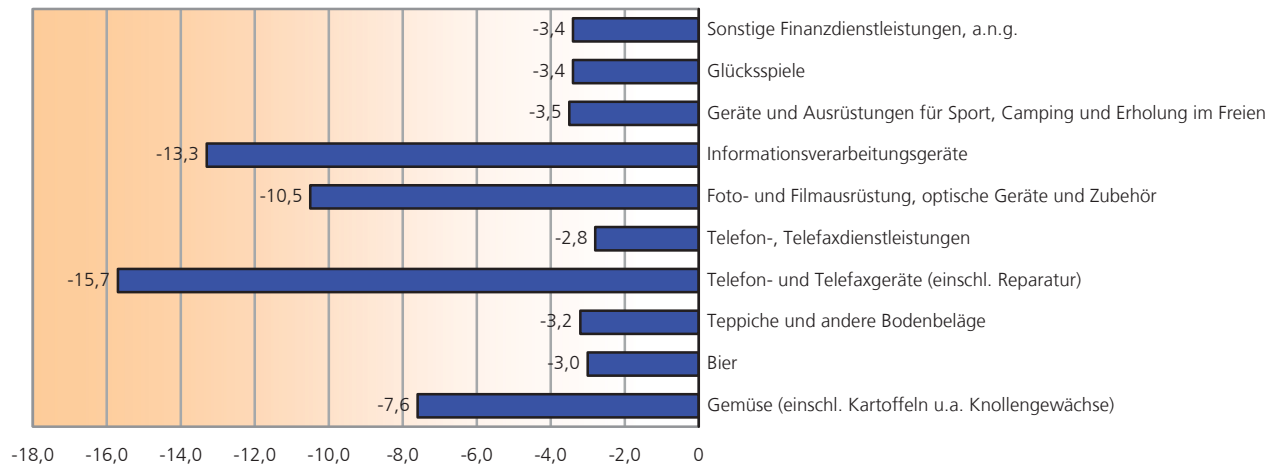
1. Entwicklung des Verbraucherpreisindex in Niedersachsen von Januar 2006 bis September 2011 nach Monaten (2005 = 100)



2a. Veränderungsraten in % - oberste TOP 10 gegenüber September 2010



2b. Veränderungsraten in % - unterste TOP 10 gegenüber September 2010



3. Verbraucherpreisindizes für Energie (2005 = 100)

